

Josef Schüßlburner
Kritik der Europaideologie
Teil 7: Europa als Delegitimierung „formaler“ Demokratie

19.03.2021

„Auf der Stockholmer Holocaust-Konferenz ist die Anti-Haider-Aktion geboren worden. Im Balkan-Krieg wurde sie gezeugt“, so die richtige Feststellung eines seinerzeit klugen Blattes.¹ Damit wird der ideologische Hintergrund der Übertragung der bundesdeutschen „Wehrhaftigkeit“ auf EU-Europa mit dem Ziel der Korrektur eines demokratischen Wahlergebnisses bei „deutschen Nationen“ deutlich, sowie die Tatsache, daß dies von militärischen Erwägungen getragen ist. Der Europa-Extremist und auf deutscher Seite maßgeblich verantwortlich für die Abschaffung der Erfolgswährung Deutsche Mark, *Helmut Kohl* (CDU), wußte schon, weshalb Europa eine Frage von Krieg und Frieden² wäre.

Nun verspricht allerdings die Theorie des „demokratischen Friedens“, wonach es zwischen Demokratien keinen Krieg geben³ würde: „Demokratien bekriegen sich nicht.“ Was immer man zu dieser Theorie sagen kann (die ein Vereintes Europa zum Zwecke der Friedenserhaltung doch eigentlich überflüssig macht, da ja alle Staaten Europas demokratisch sind und deshalb nach der Theorie keinen Krieg führen werden), sie ist zumindest bei einem Punkt nicht schlüssig: *Ballots* (Wahlstimmen) können dann keine *bullets* (Gewehrketten) ersetzen (so die Kurzzusammenfassung des Theorems), wenn es um die Festlegung geht, welche Stimmen zur Mehrheitsbildung überhaupt zählen, etwa im Fall eines (möglichen) Separatismus: Ist etwa für die Unabhängigkeit von Katalonien die Mehrheit der Katalanen ausreichend oder kommt es auf die Mehrheit aller Spanier an? Und wer entscheidet diese Frage? Das spanische Verfassungsrecht oder eine völkerrechtliche Befugnis wie das Selbstbestimmungsrechts der Völker, das schon wegen der Problematik „Volk“ im Zweifel kriegerisch geltend zu machen wäre?

Europa als Ende der Volkssouveränität

Wie dargestellt, ist „Europa“ mit dem Konzept der „wehrhaften Demokratie“ in Bezug auf „deutsche Nationen“ deshalb verbunden, weil mit „Europa“ etwa im Falle des Demokratieschutzes eine andere Mehrheitsbildung erfolgt, wenn die Mechanismen der „wehrhaften Demokratie“ und die dadurch erfolgte Mehrheitsmanipulation (formelle Aberkennung der Parlamentsmandate durch Parteiverbot) nicht rechtzeitig greifen sollten: Es kommt dann auf die Mehrheitsentscheidung bei den Deutschen deshalb nicht mehr an, weil für bestimmte Fragen und sei es auf *ad hoc*-Basis irgendwie „Europa“ zuständig wird, also ein fiktives Volk der Europayer und dessen Mehrheit. Auf diese Weise setzen sich dann durch „Europa“ oder auch die weitere „internationale Gemeinschaft“ (Kriegssiegermacht USA als NATO) „demokratische Werte“ gegen die

¹ S. *FAZ* vom 11. 02. 2000: Robuste Geschichtspolitik von *Eckhard Fuhr*; derartige Erkenntnisse dürften zwischenzeitlich in der *FAZ* als AfD-Bekämpfungsblatt kaum mehr erscheinen.

² S. <https://www.bild.de/politik/inland/helmut-kohl/europa-bleibt-eine-frage-von-krieg-und-frieden-35974774.bild.html>

³ S. zu diesem Theorem auch den 13. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Bundesdeutsches Parteiverbot im Lichte der „Theorie des demokratischen Friedens“: „Kampf gegen rechts“ als Parteiverbots- und Kriegs(ersatz)grund**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-13.pdf>

„formale Demokratie“ in den EU-Mitgliedstaaten durch wie dies durch die sog. Österreich-Sanktionen⁴ deutlich gemacht wurde.

Der diese „Sanktionen“ zumindest ideologisch vorbereitende Balkankrieg zeigt dabei auf, daß diese Problematik durchaus einen kriegerischen Aspekt hat. Dieser militärische Aspekt besteht dabei in einer ähnlichen Weise wie das Verhältnis Parteiverbot zur Diktatur nach dem Konzept der wehrhaften Demokratie. So wie der Demokratieschutz gegen eine Mehrheitspartei, die in der Tat (anders als eine sich legal verhaltende Minderheitspartei mit falscher Agenda) für eine Demokratie wirklich gefährlich werden könnte, sich nur durch Diktaturmaßnahmen verwirklichen läßt wie etwa die Anwendungsfälle des Konzepts der „wehrhaften Demokratie“ in Thailand,⁵ in der (kemalistische) Türkei⁶ und generell im islamischen Bereich⁷ zeigen, so wäre im Zweifel ein internationaler wehrhafter Demokratieschutz gegen eine der Werteordnung widersprechenden parlamentarischen Mehrheitspartei, auf die eine wertewidrige Regierung eines Landes gestützt ist, nur durch Krieg zu verwirklichen.

Dies macht der Balkankrieg deutlich, der auf diese Weise neben der für die „wehrhafte Demokratie“ zentralen Frage der demokratischen Demokratieabschaffung, ein weiteres grundlegendes Problem der Demokratie reflektiert: Was ist das Subjekt der Demokratie, also das Volk der Volksherrschaft und wer ist berechtigt, dieses Subjekt festzulegen? Diese Frage ist deshalb entscheidend, weil es von der Antwort auf diese Frage abhängt, was „Mehrheit“ darstellt, deren Entscheidungen Demokratie operabel machen, weshalb zur Recht das Mehrheitsprinzip plakativ für „Demokratie“ steht. Muß aber diese Mehrheit erst konstituiert werden, dann hilft das Theorem, wonach die Demokratie *bullets* durch *ballots* ersetze, gerade nicht, weil zunächst - und im Zweifel kriegerisch - geklärt werden muß, was das Ganze ist, dessen Mehrheitsabstimmung dann demokratisch ist.

Soll Demokratie Verwirklichung der Souveränität (Kompetenz-Kompetenz) des Volkes sein, kann dies nur bedeuten, daß das jeweilige Volk seine Identität als ein Ganzes, dessen Mehrheitsentscheidungen auch von der jeweiligen Minderheit als legitim angesehen werden, selbst festlegt. Letztlich dürfte die als legitim anerkannte Lösung dieser Problematik trotz oder gerade wegen unterschiedlicher historisch-kultureller Modifikationen im Ergebnis in Kriterien gefunden werden, die als „ethnisch“ bezeichnet werden können,⁸ aber in der Bundesrepublik Deutschland

⁴ S. dazu den vorausgehenden 6. Teil der vorliegenden Serie zur Europaideologie: **Europa als VS-System gegen „deutsche Nationen“ – Was besagen die „Österreich“-Sanktionen der EU-XIV von 2000?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/01/EuropKritik6-VS.pdf>

⁵ S. dazu den 23. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Liberales „Demokraten“ mit Parteiverbot und Militärdiktatur gegen „Populisten“: Mitte-Herrschaft im Königreich Thailand** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-23.pdf>

⁶ S. dazu den 16. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Parteiverbot als Diktaturersatz. Kemalistisches Verbotskonzept als deutscher Bezugspunkt?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-16.pdf>

⁷ S. dazu den 17. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Militärputsch zur Demokratiesicherung? Diktaturbegründung im islamischen Kulturkreis und bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-17.pdf>

⁸ S. dazu den 7. Teil der Parteiverbotssurrogats: **Verbot der Volksgemeinschaft: „Werte“ zur Erzwingung von Soziokratie (Bevölkerungsherrschaft) statt von Demokratie (Volksherrschaft)** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-7.pdf

irgendwie „verfassungswidrig“⁹ sein sollen. Dieser gewissermaßen natürlichen (nationalen) Demokratiekonzeption steht dann die artifizielle, da Volkssouveränität negierende Konzeption einer Wertordnung gegenüber, die sich unter Berufung auf „demokratisch“ genannte Werte legitimiert und sich dabei eine virtuelle, antizipierte Mehrheit schafft, die die Entscheidungen der realen Mehrheit einer nationalstaatlichen Demokratie für irrelevant, weil wertewidrig erklärt. Diese Wertedemokratie schafft die Souveränität nicht ab - es gibt in einer politischen Ordnung und auch bloßen Machtordnung immer eine Instanz, die Letztentscheidungen trifft -, sondern verlagert sie vom gewissermaßen natürlichen Volk der Demokratie auf Instanzen, die sich selbst unter Berufung auf demokratische Werte als „internationale Gemeinschaft“ im Sinne einer übergeordneten ideologischen Mehrheit legitimieren. Für diese Art von europäischer Wertedemokratie ist der Balkan-Krieg geführt worden, dessen Geist die Reaktion der „Europäer“ auf das Ergebnis freier Wahlen in Österreich inspirieren sollte und damit Balkankrieg und Österreichsanktionen zu parallelen Vorgängen macht.

Die NATO hat im Jugoslawienkrieg¹⁰ bekanntlich Bomben gelegt, weil Restjugoslawien / Serbien nicht bereit war, einen Vertrag zu unterzeichnen, welcher im wesentlichen die zu Recht im Zuge der innerserbischen Demokratisierung abgeschaffte kommunistische Tito-Verfassung in Restjugoslawien zugunsten der Kosovo-Albaner wieder installiert hätte.¹¹ Das alliierte Kunstprodukt Jugoslawien¹² aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg war bereits 1974 an sein Ende gelangt. Um die kommunistische Diktatur vor demokratisierenden Sezession(skrieg)en zu retten, hatte der kommunistische Diktator *Tito*¹³ dem Nationalismus seiner Völker nachgegeben und den Kommunismus national einzufangen versucht, indem er das jugoslawische Bundesparlament dem Vetorecht der nationalkommunistischen Republiken und autonomen Gebiete unterwarf. Dieses System konnte nur funktionieren, weil die Herrschaft des Kommunistischen Bundes als diktatorische Überverfassung fortbestand und der in (sozialistische) Gesellschaftsexperimente verliebte Westen bereit war, das bankrotte kommunistische Spezialregime, das ihm politisch gegenüber dem Sowjetblock nutzte und somit irgendwie der „Demokratie“ diene, zu finanzieren. Mit Abschaffung der kommunistischen Diktatur - in Serbien stellt dies die Leistung von *Milosevic* dar¹⁴ - mußte das Vielvölkerregime demokratiethoretisch konsequent zerfallen, da sich die historisch und kulturell (etwa sprachlich) schon vorhandenen Völker jeweils definieren konnten und auch mußten, soll die Demokratiekonzeption bei legitimer Mehrheitsentscheidung jeweils operabel sein. Als Alternative boten sich paralysierenden Verfassungskonstruktionen an, welche man allenfalls auf der Ebene der Werte als „Demokratie“ kennzeichnen kann: Diese Konstruktionen stellen zumindest keine Verwirklichung des konkreten Mehrheitsprinzips dar. So hätten die

⁹ S. dazu den 27. Teil der Parteiverbotskritik: **Menschenwürde als Feinderklärung gegen den deutschen Charakter der Bundesrepublik? Bemerkungen zu einem Nichtverbot mit Verbotswirkung** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-27.pdf>

¹⁰ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkriege>

¹¹ Diese kommunistoide Lösung wurde von der Wertegemeinschaft einige Zeit angestrebt, wie der Aussage der UN-Verwalters *Kouchner* zu entnehmen ist: „Das (Kosovo) ... ist ein Territorium innerhalb Jugoslawiens. Für uns ist eine Autonomie wie unter Tito das anzustrebende Modell“, in: *Der Spiegel* 51/1999, S. 150.

¹² S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawien>

¹³ S. zu diesem: https://de.wikipedia.org/wiki/Josip_Broz_Tito

¹⁴ So zu recht die Aussage von *Michailo Markovic*, in *konkret* 5 / 2000, S. 27: „Milošević führte das Mehrparteiensystem ein, ermöglichte die Arbeit von außerparlamentarischen Initiativgruppen und sicherte den Übergang zur Marktwirtschaft... - all diese Reformen sicherten ihm die Unterstützung nicht nur eines Großteils der Bevölkerung, sondern auch der Intellektuellen“.

Kosovo-Albaner die Institutionen des von *Milošević* demokratisierten Serbien blockieren können,¹⁵ während gleichzeitig dieses nicht mehr die internen Angelegenheiten des Kosovo hätte beeinflussen dürfen.¹⁶ Andererseits wollte der „Westen“ seinerzeit auch kein unabhängiges Kosovo (letztlich will er dies immer noch nicht), obwohl bekanntermaßen an die 90% der dortigen Bevölkerung und alle albanischen Organisationen für diese Option gewesen sind. In der Tat wäre die Unterstützung dieser Option durch die Deutschen aus unterschiedlichen Gründen nicht unproblematisch,¹⁷ entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, daß das Konzept der nationalen Unabhängigkeit und damit der Volkssouveränität nicht so richtig in die Welt der neuen Werteordnung paßt, welche noch dem Untergang des diktatorisch zusammengehaltenen jugoslawischen Vielvölkerstaates nachtrauert, hatte dieser doch die Wertkonzeption Europa irgendwie vorweggenommen. Sogar eine gemeinsame Währung war ja vorhanden gewesen, so daß es nach dem für die Abschaffung der DM hauptverantwortlichen deutschen Finanzminister *Theo Waigel* (CSU)¹⁸ eigentlich keinen Krieg hätte geben dürfen.

Die in der Tat schwierige und im Extremfall trotz Demokratie, welche „bullets“ durch „ballots“ ersetzen will, letztlich dann mangels Einigung nur durch Krieg zu beantwortende Frage, welche Mehrheit man unterstützten soll, die von Serbien, welche das Kosovo historisch gut begründet als Teil von Serbien festgelegt wissen will, oder die Mehrheit des Kosovo, welche die Unabhängigkeit von Serbien und Jugoslawien will, entschied denn der „Westen“ mit einem „weder / noch“. Sondern nach „Werten“, die er im *ad hoc* ausgerufenen Multikulturalismus verwirklicht und in den Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges begründet sah: „Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazikonzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht (sic!). Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.“¹⁹

Der „Westen“ wußte, wie seine Protektoratsherrschaft in Bosnien-Herzegowina²⁰ zeigt, daß die erforderlichen komplexen Mechanismen der multikulturellen Konfliktregulierung nicht oder kaum funktionieren würden (oder nur bei

¹⁵ Die Aufhebung der Autonomie des Kosovo war deshalb bei weitem legitimer als die wiederholte Abschaffung der Demokratie in Nordirland durch die britische Regierung; da allerdings britische Maßnahmen *per se* demokratisch sind, haben englische Regierungen keine Sanktionen der Wertegemeinschaft zu befürchten.

¹⁶ Eine beschönigende Darstellung findet sich in der *FAZ* vom 24.04. 1999: Der Vertragsentwurf von Rambouillet. Miloševićs verpaßte Chance.

¹⁷ Letztlich handelt es sich beim Kosovo um ein serbisches Gebiet, das nur durch albanische Masseneinwanderung und höhere albanische Geburtenrate bei wachsendem antiserbischen Vertreibungsdruck seit der Türkenherrschaft eine albanische Volksmehrheit erhielt; aus wohlverstandenen Gründen ist es daher nicht Aufgabe deutscher Politik, die Albaner zu unterstützen, aber auch nicht unbedingt die Serben; *Bismarcks* Ratschlag bezüglich des Balkans trifft da noch immer zu.

¹⁸ S. *FAZ* vom 24.03.2010, S. 8; nach Darlegung von *Waigel* hat sich das Gründungsmitglied der CSU, *Josef Müller*, schon 1946, kaum vom KZ befreit, dahingehend eingelassen: „Wir brauchen eine gemeinsame europäische Währung, weil Länder mit einer gemeinsamen Währung nie mehr Krieg gegeneinander geführt haben.“

¹⁹ So *Sergio Vieira de Mello*, ehemaliger UN-Administrator für den Kosovo in einer Sendung des US-Radiosenders PBs am 04. August 1999.

²⁰ S. dazu zuletzt den Kommentar in der *FAZ* vom 12.01.2021, S. 1: Wieder einmal fünf vor zwölf.

übergeordneter internationaler Befehlsgewalt), weshalb er Jugoslawien im Anhang B Ziffer 8 des Rambouillet-Vertragsentwurfs²¹ zwingen wollte, zur Absicherung der notwendigen Werteherrschaft die volle Bewegungsfreiheit der NATO-Streitkräfte *throughout the FRY* (in ganz Jugoslawien) zu akzeptieren. Zu Recht ist diese NATO-Konzeption als „kaudinisches Joch einer fremdbestimmten Militärmacht“ bezeichnet worden.²² Geheimdienststellen der NATO hätten dann jederzeit legal serbische Politiker in Belgrad verhaften können, die sich nicht entsprechend dem im Wege der „Zwangsschlichtung“ auferlegten Abkommen und damit einem eher völkerrechtswidrigen Vertrag entsprechend verhalten würden.

Demokratie = Totalitarismus?

Da sich der „Westen“, also das von den USA hegemonialisierte (West-)Europa demokratischen Werten verpflichtet weiß, mußte der Feind als Anti-Demokrat, als „Diktator“ ausgegeben werden. Jedoch: „Wer Serbien als Diktatur begreift, in der eine Partei gewaltsam regiert, während sich die anderen unter Gefahren widersetzen und für die Freiheit kämpfen, redet nicht über Serbien. In Serbien liegen die Dinge völlig anders“, so zu Recht die damalige Einschätzung eines oppositionellen Schriftstellers.²³ Es war denn auch wirklich eine seltsame „Diktatur“,²⁴ in der oppositionelle Bewegungen Wahlen gewinnen²⁵ und Großdemonstrationen organisieren konnten. Soll dies - bei allem Vorbehalt gegen die Sitten und Gebräuche des Balkan in einer schwierigen Übergangsphase und Kriegssituation²⁶ - als „Diktatur“ definiert werden, dann muß man dies auf der Ebene einer Demokratiekonzeption tun, welche ganz andere bislang „demokratisch“ verstandene Regierungssysteme als „totalitär“ erscheinen lassen würde, so daß die Kritik am serbischen Regierungssystem sogar freiheitlich-demokratisch zurückschlagen könnte und dann das Theorem vom „demokratischen Frieden“ von vornherein widerlegt.

Der gegenüber der westlichen Kriegspropaganda kritisch eingestellte serbische Schriftsteller stimmte aber im Ergebnis dann doch deren Wertepolitik zu, indem er meinte: „Es ist hohe Zeit zu begreifen, daß Totalitarismus nicht die Art und Weise bedeutet, in der eine Minderheit über eine Mehrheit oder gegen den Willen der

²¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Rambouillet

²² S. *Ernst-Otto Czempel*, Die NATO als Weltpolizist, in: *Die Woche* vom 1. April 1999.

²³ S. *Dragan Velikić*, Geteilte Macht, Serbiens Opposition regiert schon heute, in: *FAZ* vom 30. 07. 1999.

²⁴ Die *FAZ* vom 17. April 2000, Vorrevolutionäre Situation, gestand immerhin die Kennzeichnung „Demokratie“ zu, in der sich eine Parteienlandschaft im eigentlichen Sinne noch nicht habe entwickeln können, sondern die Opposition so zersplittert wie die Regierung heterogen sei (ist ein diktatorisches Regime heterogen?).

²⁵ Zitiert sei Fischer Weltalmanach 1999, S. 399: „Serbien: Bei den Parlamentswahlen am 21. 9. 1997 verliert der Linksblock, bestehend aus der von Präsident Milosevic geführten Sozialistischen Partei (SPS), der Jugoslawischen Linken (JUL) unter Führung seiner Frau Mira Milosovic und der Partei Neue Demokratie (ND) mit 34,2 % der Stimmen und 110 von 250 Mandaten die absolute Mehrheit (Wahlbeteiligung 61,9%). Einen starken Zugewinn erzielt die extrem nationalistische Serbische Radikale Partei unter ihrem Führer Vojislav Seselje, die nun mit 82 Abgeordneten im Parlament vertreten ist (+ 43); die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO), angeführt von dem Nationalisten Vuk Draskovic, der das Zajedno – Oppositionsbündnis im Juni 1997 aufgekündigt hatte, erhält 45 Mandate (+8)“.

²⁶ Es scheint, daß erst der NATO-Krieg zur Repression geführt hat, da nunmehr etwa von 15 verbotenen Radio- und Fernsehstationen die Rede ist; s. *FAZ* vom 23. 03. 2000. Apathie und Rebellion; welche demnach vorher existiert haben; bundesdeutsche Demokraten sollten sich jedoch mit Kritik zurückhalten: auch in der Bundesrepublik kann aus Rechtsgründen nicht einfach ein Sender aufgemacht werden und über 40 Jahre war Privatfernsehen ohnehin verboten.

Mehrheit herrscht. Totalitarismus ist die Herrschaft der Mehrheit.²⁷ Was mit dem Gleichsetzen der normalerweise für „Demokratie“ stehenden Mehrheitsherrschaft mit „Totalitarismus“ gemeint ist, dürfte klar sein: In Serbien fühlen sich in der Tat alle Parteien dem Staat Serbien und dem serbischen Volk, also einem spezifischen Ganzen (*totum*) verpflichtet, was sie danach „totalitär“ macht: „die serbische Opposition (ist) ein schreckliches nationalistisches Monstrum im Dienste des Regimes von Milošević.“²⁸ Da hilft in der Tat nur Besatzungsherrschaft und ein Umerziehungsregime, wie es seinerzeit denn auch vom Demokratisierungs-befürworter *Goldhagen* als „deutsche Lösung“ für Serbien gefordert worden ist: In der Werteordnung müßten sich die serbischen Politiker nämlich einem anderen, einem „wirklich Ganzen“ (*omniatotum*) verpflichtet fühlen, welches man etwa als „Europa“ beschreiben kann, aber im genannten Gebiet auch mit (dem ursprünglichen) „Jugoslawien“ gekennzeichnet werden mag, und für etwas steht, was irgendwie mit „Vielvölkerstaat“, „multikulturelle Gesellschaft“, „Menschheitsdemokratie“ mit ihrer fiktiven Wertemehrheit und damit im Zusammenhang gebrachten „Werten“ assoziiert werden kann.

Auf dieser ideologischen Ebene bedeuten dann Wahlergebnisse einer nationalstaatlichen Demokratie überhaupt nichts, da sie nicht die Mehrheit der „Menschen“, also der potentiellen Einwanderer spiegelt, deren Willen die Werteordnung aufgrund ihrer Einsicht in den Lauf der Geschichte vorwegnehmen kann. Nationalstaatlich organisierten Wahlen kann außerdem bei falschem Ausgang mit dem schlagenden Hinweis entgegnet und damit „relativiert“ werden, daß auch *Hitler* demokratisch gewählt worden sei.²⁹ Gerade darin erkennt in der Tat die nunmehr kriegerisch, also wirklich wehrhaft praktizierte Demokratie den eigentlichen Totalitarismus. Nach dieser Demokratiekonzeption ist Demokratie eine „Diktatur“, wenn deren Ergebnisse nicht mit einer internationalen Werteordnung, dem *omniatotum* in Einklang stehen.

Antideutsche Ideologiewerte

Der Hinweis auf den „demokratisch gewählten Hitler“ eröffnet den Zugang zur Ideologie dieser Werteordnung, als deren Hauptproduzenten sich naturgemäß wehrhafte deutsche Politiker erwiesen haben. „Der Bundesaußenminister erklärt in einer Pressekonferenz: Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Sondern auch: Nie wieder Auschwitz. Mehrfach spricht er von der ‚Milosevics SS‘. Der Bundesverteidigungsminister sagt: ‚Hier werden Selektionen vorgenommen, ich sage bewußt Selektionen‘ - und jeder weiß, daß er die Selektionen von Auschwitz meint. Die Bundesregierung erklärt im Deutschen Bundestag, warum es sich ihrer Meinung nach bei dem Belgrader Regime um klassische Faschisten handelt. Die Hardthöhe spricht von Konzentrationslagern. Dieser Krieg wird in Deutschland, anders als in anderen Ländern, fast ausschließlich mit Auschwitz begründet. Und vielleicht stimmt es ja, und

²⁷ S. *Dragan Velikic*, Regierung und Opposition herrschen gemeinsam. Die freie Wahl des Totalitären oder: das Dilemma des politischen Deliriums, in: *FR* vom 22. 12. 1999, S. 10.

²⁸ S. ebenda.

²⁹ S. dazu *K. Adam*, Die Maske der Europäer. Was Menschenrechte sind und wozu man sie braucht, *FAZ* vom 08. 02. 2000 zum Fall Österreich.

die deutschen Tornados im Himmel über Jugoslawien bombardieren in Wahrheit nicht die Serben, sondern die deutsche Wehrmacht von 1941.“³⁰

Der herrschaftspolitische Zweck dieser Ideologiegehalte wird deutlich, wenn man sich überlegt, was auf einer ideologischen und kriegspropagandistischen Ebene zum Wertekrieg entschlossene deutsche Politiker, die sich als solche verstehen, hätten sagen können: „Ich habe gelernt: Nie wieder Massenvertreibung! Wir können nicht zulassen, daß dieser Balkan-Stalin mit seinen Partisanen und genozidalen GULag-Maßnahmen eine Politik der vollendeten Tatsachen der territorialen Frage herbeiführt!“ Eine derartige Propaganda, welche zudem im historischen Vergleich sicherlich passender gewesen wäre als die Phrasen der deutsch-amerikanischen Bewältigungsideologie, wenngleich sie ein (straffrei mögliches) Verharmlosen der nun wirklich genoziden Deutschenvertreibung dargestellt hätte,³¹ würde jedoch das internationale Wertesystem erschüttern: Es wäre klar geworden, daß noch immer nicht die Koalition der westlichen Wertegemeinschaft mit dem mörderischen Sowjetsystem bewältigt ist und es wäre deutlich gemacht worden, daß vielleicht auch Deutsche den Schutz vor Massenvertreibung verdienen könnten.

Bei dieser Erkenntnis hätte aber die Grenzziehungsproblematik des Balkans als „geographischer Revisionismus“ (bundesdeutscher VS-Jargon) auf Mitteleuropa überspringen können. Dieses Überspringen wäre dann nur noch zu vermeiden gewesen, wenn sich „die internationale Gemeinschaft“ doch dazu durchgerungen hätte, die Maßnahmen des „Milošević-Regimes“ gegen die Kosovo-Albaner, welche allerdings erst mit den NATO-Bomben systematisch einsetzten,³² als legitim anzusehen. Schließlich wurden die von den Ergebnissen der antideutschen Massenvertreibungspolitik profitierende Staaten auch als reif für die EU-Mitgliedschaft angesehen und sollten sie schließlich auch bekommen. Wieso nicht das Serbien des Postkommunisten *Milošević* nach Schaffung eindeutiger Verhältnisse? Allerdings ist einzuräumen, daß die Attila-Aktion der Türkei auf Zypern noch gegen die türkische EU-Mitgliedschaft vorgebracht werden könnte, denn schließlich darf man Griechen noch lange nicht so behandeln wie Deutsche.

Einer zumindest auf einer ideologischen Ebene den Deutschen zugutekommenden Kriegspropaganda mußte wie auch sonst „Auschwitz“ als genereller über Artikel 18 GG hinausgehender Verwirkungstatbestand entgegengehalten werden. Zum Zwecke der Absicherung dieser Verwirkung mußte der linke Postkommunist *Milošovec* folgerichtig in einen rechten „Faschisten“, also einen „Deutschen“ umgedichtet werden, gegen den man, anders als gegen den sowjetischen Völkervater *Stalin* Krieg führen darf und muß. Der karrieremäßig am meisten vom NATO-Krieg profitierende *Solana* hat *Milošovec* als rechten „Franco“ identifiziert und mit der NATO-

³⁰ S. *Schirrmacher*, Luftkrieg. Deutschlands Anteil am Krieg, in: *FAZ* vom 17. 04. 1999.

³¹ In der BT-Drs. 14/1946 vom 1. 11. 1999 ist von 1 279 Leichen die Rede, die nach einer Untersuchung von 102 Grabstellen nach Angaben der Chefanklägerin des Den Haager Tribunals festgestellt worden sind; von den 100 000 ermordeten albanischer Männer weicht dies doch etwas ab, wenngleich ohne strafrechtliche Relevanz.

³² In der Tat haben deutsche Ausländerbehörden mit Zustimmung von Verwaltungsgerichten Kosovo-Albaner bis kurz vor Ausbruch des NATO-Bombardements abgeschoben, da sie von den serbischen Behörden nichts zu befürchten hätten; so zu Recht der Hinweis im *FAZ*-Leserbrief von *Armin Fiant* vom 03. April 2000: Völkerrechtswidrig und ein Fehlschlag.

Bombenlegerei gewissermaßen die Unbill seiner Familie *de Madariaga* gerächt.³³ Zur bewältigungsadäquaten Umdichtung in einen „Faschisten“ eignete sich „Milošević“, weil er, anders als seine ex-kommunistischen Mitbrüder in Osteuropa und Italien, die serbische Kommunistische Partei nicht in eine mit amerikanischen Interessen kompatible „Sozialdemokratie“ umgewandelt hat, sondern eine serbischen Interessen verpflichtete Sozialistische Partei führte, welche schon aufgrund ihrer Wahlerfolge eine Assoziation mit „nationalsozialistisch“ hervorzurufen³⁴ vermochte: Obwohl eine derartige Anordnung eigentlich die amtliche Extremismusanordnung der BRD gefährden müßte, wonach dieser Begriff für „rechtsextremistisch“ (international: für das Deutsche an sich) steht! Nach Einordnung von *Milošovec* als „Rechtsextremisten“ – die nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde, da sie sich angesichts der sonst verkündeten Ideologiewerte, wonach „Antifaschismus“ das Gegenteil des Nationalsozialismus sei, ob ihrer Lächerlichkeit selbst gerichtet hätte und verwandte Ideologiewerte gleich mit - konnte es dann unter dem Schlagwort „Europa“, mystisches Sinnbild des Guten und Schönen, um die „Wiederaufnahme des im Frühjahr 1945 abgebrochenen Kampfes gegen den Nationalsozialismus“ gehen,³⁵ in dem bundesdeutsche Politiker unter der Chiffre „Serbien“ die deutsche Wehrmacht zeitversetzt gleich mit bombardierten.³⁶

Dagegen ist die „Wertordnung“ immer noch nicht bereit, gegen „Stalin“ zu kämpfen: Dieser scheint auch ungefährlich, da er anders als *Milošovec* und *Hitler* keine Wahlen gewinnen würde, was den Sowjetdiktator aber wiederum gerade deshalb zum Demokraten *sui generis* und *honoris causa* zu machen scheint, welcher der „internationalen Demokratie“ zum Sieg verhilft und als Anhänger der zukünftigen Menschheitsdemokratie den fiktiven Willen der Menschen erkennen und vorwegnehmen konnte (wenngleich mit bedauerlichen Mitteln). In der Tat bedient sich die demokratischen Werten verpflichtete Wertordnung einer Denkweise, die man am besten als kommunistoid³⁷ charakterisiert und auf einer Ebene angesiedelt ist, auf der sich Liberalismus und Bolschewismus treffen konnten. Dies ließ es folgerichtig nicht ratsam erscheinen, *Milošovec* als „Stalin“ zu bekämpfen. Die Etikette der ideologiepolitischen Machtordnung muß schon beachtet werden. Diese erkennt man,

³³ S. dazu *FAZ* vom 9. April 1999, S. 5: Solana hat die Erfahrung totalitärer Willkür nie vergessen. Für den damaligen NATO-Generalsekretär war die Konfrontation mit *Milosevic* eine Wiederbegegnung mit der Diktatur. „Schikanen, die der Vater als Hochschullehrer unter Franco hinzunehmen hatte, festigten seine Prägung... Nach seiner Rückkehr wurde er aus politischen Gründen als Dozent der Madrider Universität entlassen“; abgesehen, daß letzteres durchaus auch in gewissen Demokratien vorkommt, sollte sich der *Haider* bekämpfer fragen, was ihm oder seinen Familienangehörigen wohl unter *Stalin* oder *Honecker* passiert wäre.

³⁴ In der Tat scheint der Postkommunismus nur die Alternative Sozialdemokratie (Beispiel Polen und Italien) oder Nationalkommunismus (Beispiel Rußland und Serbien) zu haben; da es in Deutschland schon eine SPD gibt, ist eine PDS / Die Linke, die nicht nationalkommunistisch (horrible dictu: -sozialistisch) werden darf, überflüssig; der Liquidation dieser Partei steht dann nur entgegen, daß sie zumindest etwas verhindern kann, nämlich daß sich politischer Protest rechts ausdrückt.

³⁵ Darum ging es nach Aussage des Auslandsösterreicher *Robert Fleck* in seinem Kommentar vom 8. Februar 2000 in: *Libération* bei den Ausgrenzungsmaßnahmen gegen den österreichischen Wahlausgang.

³⁶ Auf diese Weise gelingt doch noch die eigentlich nur bei göttlichen oder dämonischen Kräften mögliche „Bewältigung der Vergangenheit“; daß es dabei die Falschen, nämlich 13 000 Menschen (davon höchstens 3000 Soldaten) trifft, hat Ideologen noch nie beunruhigt.

³⁷ Dies wirkt sich bundesdeutsch durchaus zugunsten der politischen Linken aus; s. den 17. Teil des Parteiverbotssurrogats: **Begünstigung der politischen Linken durch die bundesdeutsche Verfassungsschutzkonzeption - Gründe und verfassungspolitische Alternative**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-17.pdf

indem man die Frage stellt, was - und sei es mittels Kriegspropaganda - als bewältigungsbedürftig angesehen wird und wer sich dementsprechend für was bei wem entschuldigen muß.

Wertekolonialismus

Die Art von Demokratie, welche sich aus der Brüsseler oder vielmehr Stockholmer Werteordnung ableitet, kann auch an der Verwaltung von Bosnien-Herzegowina studiert werden, über das die „internationale Gemeinschaft“ seit dem Dayton-Frieden ihr Protektorat errichtet hat. Die sich für „internationale Gemeinschaft“ setzenden Westmächte hatten durchaus mit dem Gedanken gespielt, in Übereinstimmung mit der demokratischen Nationalstaatskonzeption Bosnien-Herzegowina aufzulösen, um entsprechende Teile dem jeweiligen Nachbarstaat Serbien und Kroatien zuzuweisen, womit die internationalen Eingriffe schnell wieder hätten beendet werden können. Es scheint aber vor allem die *Kohl*-Regierung gewesen zu sein, welche befürchtet hat, daß sich Grenzänderungen nicht auf den Balkan beschränken lassen würden, sondern vielleicht irgendeinmal auch das Bundesgebiet erreichen könnten.

Statt also Grenzen, soweit machbar, den Menschen anzupassen, müssen daher die Menschen den Grenzen angepaßt werden. Das entsprechende Projekt heißt, soweit nicht Massenvertreibung angesagt ist, „Multikulturalismus“ und läuft auf eine Republiken-Republik, also auf ein demokratisiertes Kleingugoslawien der Spät-Titozeit hinaus, in der das demokratische Mehrheitsprinzip nicht zu praktizieren ist, weil sich bei einer Parteibildung entlang der Volksgruppen die jeweilige Minderheit von der Mehrheit existentiell bedroht sieht.³⁸ Entscheidungen müssen deshalb im Interesse des Minderheitenschutzes in einem Republiken-Gremium von Regierungsvertretern entschieden werden, welches sich aber selten zu Entscheidungen aufraffen kann. Deshalb hat „die Staatengemeinschaft“ auf einer Tagung in Bonn 1997 ihrem Repräsentanten die sog. *Bonn powers* gewährt. „Sie ermächtigen die Statthalter der internationalen Gemeinschaft, wie Gouverneure in einem Protektorat zu herrschen: Sie können Gesetze erlassen, Amtsinhaber feuern, die sich dem Daytoner Friedensabkommen widersetzen, und massiv in die Regierungsgeschäfte eingreifen. Auf diese Weise kam Bosnien immerhin zu einer einheitlichen Flagge, einer gemeinsamen Währung, der ‚konvertiblen Mark‘ und neuen Nummernschildern.“³⁹ „Darüber ist das OHR zum Protektoratsherrn geworden, und die OSZE zu einer Institution, die die Wahlen nicht nur durchführt, sondern auch ein erwünschtes Ergebnis herbeizuführen hilft,⁴⁰ also ganz so wie dies nach der auf Werte ausgerichteten Verfassungsschutzkonzeption geboten ist. Dies macht man, indem man das Feld nicht „demokratisch den ewig streitenden Nationalisten und deren korrupten Staatsparteien überläßt,⁴¹ sondern Bürgermeister und Parlamentarier absetzt und etwa die „extremistisch nationalistische Radikale Partei (SRS) des gewählten RS-Repräsentanten *Poplašen* zu den Kommunalwahlen nicht zuläßt.“ Wie *Poplašen*,

³⁸ S. Why Bosnian 'Democracy' may self-destruct, in: *Wall Street Journal* vom 23. 09. 1998.

³⁹ S. den Bericht in: *Die Woche* vom 18. Dezember 1998: Wie dressiert man Reptilien? s. außerdem *FAZ* vom 02.02. 1998: Das bosnische „Halbprotektorat“. Westendorf entscheidet über Pässe, Geldscheine und Nummernschilder.

⁴⁰ S. *FAZ* vom 8. April 2000, S. 5: „Bleiben Sie zu Hause, wenn Sie mit Ihrer Lage nicht zufrieden sind!“ In Bosnien-Herzegowina machen OSZE und der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft Wahlkampf.

⁴¹ S. *FAZ* vom 8. April 2000, S. 5.

welcher von einer breiten Mehrheit getragen war, dessen Absetzung aber nach einer entsprechenden Drohung des US-Gesandten erfolgte,⁴² wurden 22 andere Bürgermeister „in den diversen Regionen Bosniens abgesetzt, obwohl sie frei gewählt waren.“⁴³ Mit der Absetzung geht der Verlust des Dienst Einkommens einher (unter den Armutbedingungen ein gewichtiger Gesichtspunkt), welches die „internationale Gemeinschaft“ (vulgo: die Zivilgesellschaft der Deutschen, zumindest *per saldo*) zur Verfügung stellt. Das Wohlverhalten wird neben der Drohung mit dem Einkommensentzug auch durch Werte-Zensur durchgesetzt, wie folgende Schilderung deutlich macht: „Inzwischen werden die einst hetzerischen nationalistischen Medien von internationalen Beobachtern kontrolliert.“⁴⁴ Dies wird wohl im Wege der Unterstützung der Medien durch EU-Gelder erreicht.⁴⁵ Auch in der beginnenden Kolonialverwaltung des Kosovo standen die Medien unter dem Gesichtspunkt der Haßvermeidung im Visier der „internationalen Gemeinschaft“.⁴⁶

Die ideologische (und wohl auch anderweitige) Begünstigung bestimmter Parteien im kroatischen Teil von Bosnien war ein wichtiger Bestandteil der Strategie der europäischen Werteordnung, der Partei *Tudjman*⁴⁷ im eigentlichen Kroatien den Garaus zu machen, auch wenn dies in Bosnien selbst noch nicht nachvollzogen worden ist.⁴⁸ *Tudjman* wurde von der „internationalen Gemeinschaft“ trotz freier Wahlen, die nach seinem Tod mit ideologischer Hilfe der Werteordnung und der Verlockung von EG-Zahlungen zur Niederlage seiner Partei HDZ⁴⁹ bzw. zu deren Christdemokratisierung führen sollten, zum „Diktator“ gemacht, weil er bei einer deutschfreundlichen Einstellung zum einen Kroatien nicht in die EG führen wollte und zum anderen „den Holocaust relativiert“ hatte. Sicherlich war unter den Kriegsbedingungen die Demokratie nicht ideal, *Tudjman* aber die Existenz von neun Inlandsgeheimdiensten⁵⁰ als diktatorisch vorzuwerfen, geziemt zumindest der bundesdeutschen politischen Kultur nicht, welche bekanntlich (und reichlich überflüssig) 17 Inlandsgeheimdienste kennt.

Den völligen Abfall von einer doch irgendwie christlich geprägten Einstellung und die Hinwendung zur Mentalität einer anders gearteten Religion demonstrierte die Werteordnung durch den Boykott der Beerdigung dieses Staatsgründers, des „Erbauers einer stabilen Demokratie in Kroatien“.⁵¹ Dieser Boykott wurde von Repräsentanten der Staaten durchgeführt, welche sich bei der Beerdigung des kommunistischen

⁴² S. US-Gesandter droht Poplasen mit der Absetzung. Gelbard: Designierter neuer Präsident der Republik Srpska muß sich kooperativ zeigen, in: *Süddt. Zeitung* vom 25. 09. 1998, S. 7.

⁴³ S. *Peter Scholl-Latour*, Reise nach Absurdistan, in: *WamS* vom 6. Februar 2000, S. 33 f.

⁴⁴ S. *Die Woche* vom 18. Dezember 1998, S. 18.

⁴⁵ s. dazu den EU-Sonderbericht in: EG-ABl. C 85/29 vom 23. 03. 2000, welcher sich selbst- verständlich nicht der Zensur beziehtigt.

⁴⁶ S. dazu „Selbstzensur ist an der Tagesordnung. Medien im Kosovo stehen unter Druck - OSZE: Auch die Presse schürt Haß, in: *Die Welt* vom 04. April 2000.

⁴⁷ S. zu diesem einem für die Linksausrichtung der deutschen Wikipedia typischen Beitrag zu diesem: https://de.wikipedia.org/wiki/Franjo_Tu%C4%91man dagegen die Würdigung seiner Partei: <https://www.hdz.hr/article/398/dr-franjo-tudman-19221999>

⁴⁸ S. dazu „Sozialdemokraten siegen in Bosnien. Verluste der HDZ halten sich in Grenzen/ Manipulation von Wahllisten, in: *FAZ* vom 10. 04. 2000, wo es heißt: „Vertreter der Staatengemeinschaft hatten gehofft, daß nach dem Vorbild des kroatischen Parlaments - und Präsidentschaftswahlen vom Januar auch in Bosnien die „Nationalpartei“ HDZ eine Niederlage erleiden würde“.

⁴⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Hrvatska_demokratska_zajednica

⁵⁰ S. *WamS* vom 12. Dezember 1999, S. 9.

⁵¹ So zu Recht der Leserbrief von *Gabrijela Repgen* in: *FAZ* vom 22. Dezember 1999.

Diktator *Tito*⁵² zutiefst gerührt und den Tränen nahe gezeigt hatten! *Tito* scheint halt noch für richtige - multikulturelle - Wahlergebnisse gesorgt zu haben.

Bürgerkriegsmethodik

Wie die im Interesse des Multikulturalismus errichtete Protektoratsverwaltung in Bosnien-Herzegowina zeigt, die zur Aufrechterhaltung des von den Einheimischen abgelehnten Gesellschaftsprojekts etabliert werden mußte, kann die Werteordnung letztlich keine wirklich freien Wahlen zulassen (es sei denn ein entsprechendes Ergebnis wäre garantiert). Vielmehr muß sie ein System anstreben, mit dessen Hilfe Wahlausgänge zu einem gewünschten Ergebnis geführt werden können. Als „demokratisch“ kann ein derartiges Einbindungssystem allenfalls deshalb beschrieben werden, weil sich auch eine Selbstverwaltung demokratischer Formen bedienen kann. Jedoch gebriecht es der bloßen Selbstverwaltung an der Kompetenz-Kompetenz, also dessen, was Demokratie ausmacht und mit Volkssouveränität ausgedrückt wird. Dieser Verlust der demokratischen Substanz kann auch nicht dadurch ausgeglichen werden, daß sich die Wertordnung als „internationale Gemeinschaft“ zur ideologischen Mehrheit ausruft und meint, die von ihr den Demokratisierungsgebieten vorgegebenen Ergebnisse würden demokratischen Werten entsprechen, weshalb die Interventionen „demokratisch“ seien. Real ist diese für „Demokratie“ stehende (Menschheits-)Mehrheit ohnehin nicht gegeben, da man sonst für die Bombenlegerei gegen Serbien ein UN-Mandat erhalten hätte.⁵³ Zugegebenen Maßen wäre aus mehrfachen Gründen auch die UN-Entscheidung nicht als „demokratisch“ (sondern den internationalen Machtverhältnissen entsprechend) anzusehen gewesen, was zeigt, daß man zur Verwirklichung realer Demokratie am Postulat der nationalen Unabhängigkeit nicht vorbeikommt.⁵⁴

Letztlich ist der Krieg gegen Serbien gegen dieses, nationalstaatliche Demokratie absichernde Postulat geführt worden. Dies ist am deutlichsten in der Entscheidung des sog. Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag zum Ausdruck gekommen, welches den Präzedenzfall traf, wonach „das erste Mal in der Geschichte“ „ein Staatsoberhaupt während eines bewaffneten Konflikts“ als Verbrecher angeklagt wird.⁵⁵ Mit dieser Entscheidung, die bereits zu Fahndungsphotos nach Cowboy-Manier

⁵² Der folgende MDR-Bericht besagt dazu einiges: <https://www.mdr.de/zeitreise/weitere-epochen/zwanzigstes-jahrhundert/praesident-auf-lebenszeit-tito-100.html>

⁵³ Die Völkerrechtswidrigkeit der NATO-Maßnahmen müßten gerade von den deutschen Politikern eingesehen werden, die immer das „Gewaltmonopol der UNO“ beschworen hatten; wenn dieser Bruch „humanitär“ gerechtfertigt wird, stellt sich die Frage, warum die Bundeswehr nicht in Ruanda oder Kambodscha einmarschiert ist; oder gebietet nur das „Placet“ der USA einen humanitären Bundeswehreininsatz, mit der Folge, daß man „Wegschauen und Geschehen lassen“ praktizieren muß, wenn dieses Placet nicht vorliegt, weil sonst doch ein nach Art. 26 GG verbotener „Angriffskrieg“ vorliegen könnte?

⁵⁴ Daran kann auch die gegenteilige Parole der *Süddt. Zeitung* nicht ändern, s. Ein Stamm, ein Staat? vom 29. Dezember 1999, wonach die Zukunft Zusammenschlüssen eigenständiger, selbstbewußter Regionen, die freiwillig Souveränität an eine höhere Instanz abtreten: „Im Moment sieht es nicht danach aus, aber es gibt eine Chance, die in eine Devise gekleidet ist: Das nächste Jahrhundert darf nicht mit dem Gift des Nationalismus infiziert werden“, womit die Besatzungsideologie deutlich wird: Das von den Machthabern zur Devise Gemachte ist „freiwillig“, d.h. „demokratisch“, weil es nach Ansicht der Machthaber vernünftig ist!

⁵⁵ S. *FAZ* vom 27. Mai 1999, mit zustimmendem Kommentar, wonach „die westlichen Demokratien“ nicht verhandeln können; hier wird nicht nur die rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung verletzt, sondern für die Logik des „Banditenkrieges“ argumentiert.

geführt hatte⁵⁶ und die CIA zu Mordplänen zu motivieren schien,⁵⁷ wurde nicht nur das Prinzip der Immunität des Staatsoberhauptes ausländischer Staaten, sondern auch die Souveränität des Staates Serbien / (Rest-)Jugoslawien negiert, womit dann gewissermaßen kein völkerrechtlicher Krieg mehr vorliegt, sondern eine Art Bürgerkrieg der Werteordnung gegen eine ideologisch abgefallene Weltprovinz. Die dabei zu beachtenden Rechtsregeln sind von geringerer Qualität als die in einem völkerrechtlich gehegten Krieg zu beachtenden Regeln. In der Tat braucht man für einen Bürgerkrieg keine UN-Ermächtigung, so daß die Werteordnung als (vorweggenommene) „Weltinnenpolitik“ dazu tendiert, den juristisch ohnehin abgeschafften Krieg in einen hemmungslosen Bürgerkrieg zu verwandeln, in dem es keine gleichwertigen Gegner, sondern nur Banditen und Verbrecher gibt. Dies hat sogar Auswirkungen auf die Bundesrepublik, da in dem „Jugoslawien-Strafgerichtshof-Gesetz“ das verfassungsrechtlich garantierte Auslieferungsverbot von Deutschen an das Ausland nicht mehr vorkam. Auch wird man ja nicht ans Ausland ausgeliefert (das es in einer Menschheitsdemokratie eigentlich gar nicht mehr gibt), sondern der Werteordnung „überstellt“⁵⁸: Der Wertegemeinschafts-kollektivismus läßt also die Rechte nicht mehr so ohne weiteres gelten, die als Bürgerrechte (nach dem Grundgesetz: Deutschenrechte) Voraussetzung der nationalen Demokratie sind.

Die besondere Entwertungsmethodik besteht in der Delegitimation demokratischer Entscheidungen in dem zur ideologischen Bürgerkriegsprovinz erklärten Gebiet. Wenn davon gesprochen worden ist, daß die Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich nichts anderes als den Versuch darstellen, „die Straße gegen eine legitime und nach demokratischen Wahlen auf rechtsstaatlich einwandfreie Weise zu Stande gekommene Regierung zu mobilisieren“,⁵⁹ dann handelt es sich nur um eine harmlosere Variante des Vorgehens gegen Serbien. Auch hier wurde vom Ausland die Opposition zu Massendemonstrationen aufgefordert, obwohl diese in einer Diktatur doch gar nicht möglich sind.⁶⁰ Dabei sollten die Demonstranten Neuwahlen fordern, obwohl die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen mangels Ablaufs der Wahlperioden nicht gegeben waren.⁶¹

Unter dem Stichwort „Energie für Demokratie“ wurden die von „demokratischen Kräften“ regierten Städte - gibt es so etwas in einer Diktatur? - vom Wirtschaftsboykott ausgenommen⁶² und Serbien Aufbauhilfen zugesichert, wenn es *Milošević* (ohne Beachtung der verfassungsrechtlichen Wahlperioden) abgewählt oder dieser durch Umsturz beseitigt würde. Natürlich dürfte sich nach einiger Zeit Unzufriedenheit

⁵⁶ Ein entsprechendes Photo ist abgebildet in: *konkret* 4/2000, S. 31.

⁵⁷ *Scholl-Latour* spricht von „CIA-Agenten, denen der gewaltsame Regimewechsel in Belgrad aufgetragen ist“, s. *WamS* vom 19. März 2000, S. 34.

⁵⁸ So in der Tat die Begründung von *Schöbener / Bausback*, in: *DÖV* 1996, S. 621 ff.

⁵⁹ S. *FAZ* vom 8. Februar 2000: Österreich ohne Friedenszins.

⁶⁰ ... oder qualifiziert sich die Bundesrepublik umgekehrt deshalb als Demokratie, weil die Versammlungsverbote „gegen rechts“ fast schon zur Regel zu werden scheinen? S. dazu den Beitrag zum Alternativen VS-Bericht: **Gegen die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung politischer Opposition gerichtete Bestrebungen** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Gegen-die-Chancengleichheit.pdf> Dies würde allerdings bedeuten, daß Gerichtsentscheidungen, welche das Versammlungsrecht dann doch sichern, für „Diktatur“ stehen.

⁶¹ In der Bundesrepublik würden derartige Massendemonstrationen, die demokratische Wahlen in Deutschland fordern, in VS-Berichten aufgeführt werden (und wären vielleicht auch dem Vorwurf der Vorbereitung des Hochverrates ausgesetzt).

⁶² S. etwa EG-ABl. L 26/1 vom 2. 2. 2000.

einstellen, nachdem man die serbische Wirtschaft durch Bomben endgültig ruiniert hatte,⁶³ wofür in der hinterhältigen Scheinheiligkeit angelsächsischer Kriegspropaganda, die aber bundesdeutsche Politiker gut gelernt zu haben scheinen, natürlich *Milošević* „verantwortlich“ ist, da er sich nicht freiwillig der Werteordnung unterworfen hat.

Vorwegnahme der Menschheitsdemokratie

Als Mittel der Delegitimationsstrategie veröffentlichte die EG umfangreiche Listen von Einreiseverbote für namentlich genannte serbische Politiker,⁶⁴ wobei es um nichts anderes als um Vorformen von gesamteuropäischen Proskriptionslisten ging. Die sich seinerzeit häufenden Mordanschläge gegen politische Verbündete von *Milošević*, welche in einer perversen Logik dem „Regime“ zugeschrieben wurden und dessen diktatorischen Charakter belegen sollten, sollten dann eigentlich nicht verwundern. Es soll hierbei nicht unterstellt werden, daß CIA-Agenten gehandelt haben, vielmehr sei die wohl plausible Behauptung aufgestellt, daß die europäischen Proskriptionslisten bei Zivilcouragierten die Hemmschwellen gesenkt haben.

Es zeigt sich in der Tat, daß nicht nur die Holocaustbewältigung, sondern die Ideologie der Balkankriege die Boykottmaßnahmen gegen den deutschen Nationalliberalismus motiviert haben. FPÖ-Boykott, Balkankrieg und Wertebesatzung zielen auf eine Herrschaft, die demokratische Wahlausgänge einer Ideologiekonformität unterwirft. Eigentlich müßten alle Wahlausgänge in Einbindungsgebieten von übergeordneten internationalen Stellen formal gebilligt werden. Selbstverständlich ist dies nur möglich bei Negieren der parlamentarischen Immunität, die etwa, wie im zeitgleichen Fall von *Pinochet*, in einem Diplomatenausweis ausgedrückt ist und der die Souveränität der Staaten sichernden völkerrechtlichen Immunität ausländischer Regierungsmitglieder, wie im Falle der internationalen Fahndung und Verhaftung serbischer Politiker. Da derartige Verfahren, wie sie in Bezug auf den Balkan praktiziert werden, die Entwertung des Prinzips der Volkssouveränität zu offenkundig werden ließen und noch Widerspruch hervorrufen könnten, werden im eigentlichen Europa schrittweise Methoden eingeführt, die in subtiler Weise dasselbe Ergebnis erreichen sollen.

Es gilt die Brüssel-Doktrin,⁶⁵ hinter der sich die Entschlossenheit zum Wertekrieg auftut, welcher nicht als Krieg bezeichnet, sondern in den Formen des Bürgerkrieges konzipiert wird. Da die nationale Souveränität nicht mehr anerkannt ist, kann der internationale politische Gegner zur Fahndung ausgeschrieben werden. Wahlergebnisse werden unter Berufung auf demokratische Werte ignoriert und nationalstaatliche Demokratie zur (potentiellen) Diktatur erklärt. Die Tatsache, daß „Jugoslawien“ in der Konsequenz des FPÖ-Boykott liegt, ergibt die Äußerung eines berufenen Interpreten des europäischen Wertegeschehens, *Giordano*, wonach „die Welt in Flammen stünde“, „wenn in Europa Leute wie Haider an die Macht kämen.“⁶⁶ Die „Flammen“ würden sich im Zweifel doch gegen das entsprechende Volk richten, welches falsch gewählt

⁶³ Gleichzeitig wurde das „Milošević-Regime“ dafür kritisiert, weil es den Wiederaufbau von Novi Sad, einer Hochburg der Opposition, verschleppt; s. *Der Spiegel* 42/1999, S. 227 ff.

⁶⁴ S. EG-ABl. L56/2 vom 1. 3. 2000.

⁶⁵ S. dazu *FAZ* vom 02. Februar 2000.

⁶⁶ S. Überwiegend Haider, in: *FAZ* vom 08. Februar 2000.

hat, unterscheidet doch *Todd*⁶⁷ kundig zwischen den Fällen *Saddam Hussein* und *Haider*: „Im Golfkrieg konnte man einen Unterschied zwischen Saddam Hussein und dem irakischen Volk machen. Bei Haider und den Österreichern ist das nicht möglich.“⁶⁸ Schließlich haben diese *Haider* gewählt. Soweit sie ihn nicht gewählt haben, sind sie nicht in der Lage, ihn abzusetzen und damit „schuldig“ - ein Vorwurf der allerdings auch die Iraker hinsichtlich *Saddam* treffen könnte. Immerhin könnte der Sturz *Saddams* mit der Forderung nach Einführung der Demokratie im Irak verbunden werden, im Falle der Österreicher kann die Schuld nur durch Änderung des Wahlverhaltens oder durch Abschaffung / Modifizierung der Demokratie im Interesse der Werteordnung, die sich demokratischen Werten verpflichtet weiß, getilgt werden.

Todd schweigt sich in diesem Zusammenhang über den Fall Serbien und *Milošević* aus. Sicherlich wäre diese Konstellation eher dem Vergleichsfall Österreich zuzurechnen. Allerdings hat die Werteordnung im Falle von Serbien erkannt, daß „durch Wahlen allein - seien sie vorgezogen oder turnusgemäß“ die - nicht zuletzt von der Werteordnung herbeigeführte - vorrevolutionäre Situation nicht aufgelöst werden konnte.⁶⁹ Und nur durch eine demokratische Einheitsliste, zu der sie (von wem?) hätte gezwungen werden müssen, hatte danach die Opposition die „minimale Chance, das Regime bei Wahlen in die Knie zu zwingen.“⁷⁰ Dem Regime könnte aber wiederum helfen, daß „die öffentliche Meinung in Serbien“ „entschieden gegen einen Austritt Montenegros aus dem gemeinsamen Staat“ ist und deshalb wieder kriegsbereit sein könnte.⁷¹ Serben sind halt keine Österreicher. Wenn also die Wähler nicht wollen, wie sie sollen, werden sie wollen müssen, was die Österreicher natürlich schneller begriffen als die Serben und daher wie die übrigen Deutschen bald wieder richtig wählen werden.

Diese Demokratiekonzeption darf natürlich nicht mit „Volksdemokratie“ verwechselt werden: Vielmehr handelt es sich um eine vorweggenommene Menschheitsdemokratie und die Herrschaft der Interpreten dieser fiktiven Menschheitsmehrheit. Diese Interpreten sind aufgrund ihrer Werteverbundenheit zur Erkenntnis dessen befähigt, was „die Menschen“ wollen würden, wenn die Menschheit als solche demokratisch organisiert wäre. Dieses Stadium der Erkenntnis zwischen der zu überwindenden nationalstaatlichen Demokratie und der anzustrebenden Menschheitsdemokratie, welche allerdings immer Utopie bleiben wird, mag auch als „Wertedemokratie“ bezeichnet werden. Diese delegitimiert die nationalstaatliche Demokratie, indem sie das Arsenal und die Argumentationsmuster der „wehrhaften Demokratie“ im Zweifel auch kriegerisch internationalisiert.

Hinweis:

Unter dieser Perspektive stellt der vorliegende Beitrag zur Europakritik (ein klassisches Anliegen schon der *Lucke*-AfD) auch eine Ergänzung zur jüngsten Veröffentlichung

⁶⁷ S. dazu den vorausgehenden 6. Teil der Europaideologie: **Europa als VS-System gegen „deutsche Nationen“ – Was besagen die „Österreich“-Sanktionen der EU-XIV von 2000?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/01/EuropKritik6-VS.pdf>

⁶⁸ S. Die deutsche Frage ist wieder offen. Haider, die Krise der CDU und die *longue durée* der deutschen Geschichte, in: *FAZ* vom 26. Februar 2000, S. 44; konsequenter Weise müßte er den Militäreinsatz gegen den Irak verurteilen, einen gegen die Österreicher jedoch befürworten.

⁶⁹ S. *FAZ* vom 17. April 2000. Vorrevolutionäre Situation.

⁷⁰ S. *FAZ* vom 24. März 2000. Schwarzweiße Ästhetik des Widerstands.

⁷¹ S. *FAZ* vom 11. Januar 2000. Wieder ein neuer Anlauf gegen *Milošević*.

des Verfassers, **Scheitert die AfD – Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative** dar. „Europa“ und „VS“ stehen nämlich für die Deutschen in einem inneren Zusammenhang!

